

Kernschmelze des Systems in vollem Gang: Neues Bretton Woods System oder Dritter Weltkrieg?

VON HELGA ZEPP-LAROUCHE

Vor zehn Jahren sprach die Autorin bei einer Veranstaltung der Mexikanischen Gesellschaft für Geographie und Statistik in Mexiko-City zusammen mit dem ehemaligen Präsidenten von Mexiko, Jose Lopez Portillo, über die Notwendigkeit einer neuen gerechten Weltwirtschaftsordnung. Lopez Portillo schloß damals seine Ausführungen mit den Worten: „Und jetzt sollte die Welt auf die weisen Worte von Lyndon LaRouche hören!“ Hätte sie dies getan, dann befände sich die Weltwirtschaft heute nicht in der schwersten Krise ihrer Geschichte, die zudem in eine strategische Konfrontation auszufern droht, die im Dritten Weltkrieg enden könnte.

Aber selbst vor gut einem Jahr hätte das Schlimmste noch verhindert werden können. Denn es ist eine Tatsache - nachzulesen oder zu hören auf der Internetseite www.larouchepac.com: Am 25. Juli 2007 hatte Lyndon LaRouche, genau drei Tage (!) vor Ausbruch der amerikanischen Subprime-Krise, von Washington aus in einem internationalen Internetforum erklärt, das Weltfinanzsystem sei bereits zusammengebrochen. Man werde nunmehr nur erleben, wie die verschiedenen Auswirkungen des Zusammenbruchs an die Oberfläche gespült würden. Dann schlug er konkrete Maßnahmen für eine Reorganisation des globalen Finanzsystems vor. Seitdem eskaliert die Systemkrise, die sich längst von den USA aus in die ganze Welt verbreitet hat. In Australien, Neuseeland, Spanien, Dänemark, Großbritannien, stecken die Banken in offensichtlichen Existenzkrisen. In den USA gibt es eine Liste mit 3-5000 Banken, die vor dem Aus stehen sollen.

Die Entscheidung der Federal Reserve, auf die drohende Insolvenz der beiden Immobiliengiganten Freddie Mac und Fanny Mae, die über ein Geschäftsvolumen von 5.300 Milliarden Dollar (!) verfügen, mit Finanzspritzen in mehrstelliger Milliardenhöhe zu reagieren, hat die hyperinflationäre Entwicklung verstärkt. Sie hat die Liquidität in den Markt gepumpt, die nun zur Spekulation im Nahrungsmittel- und Energiesektor

und bei den Rohstoffen genutzt wird. Die Folge der Explosion der Nahrungsmittel- und Energiepreise sind Hungeraufstände in bisher über 40 Nationen und eine schmerzlich spürbare Kürzung des Lebensstandards der unteren und mittleren Einkommenschichten auf der ganzen Welt. Und das ist erst der Anfang. Es drohen die unmittelbare Desintegration des Weltfinanzsystems, eine globale Depression und der Absturz in ein neues dunkles Zeitalter.

In diesem Bericht werden die Lösungen vorgestellt, die essentiell für eine Überwindung der Systemkrise sind. Dazu gehören die von LaRouche bereits im August 2007 formulierte Gesetzesvorlage zur Rettung der Eigenheimbesitzer und Banken (Homeowners and Banking Protection Act 2007) und der als Überbrückungsmaßnahme gedachte Vorschlag für ein

zweigleisiges Kreditsystem in den USA ebenso wie der Vorschlag einer Notkonferenz für ein Neues Bretton-Woods-System unter dem Vorsitz eines veränderten Amerika, Rußlands, Chinas und Indiens.

Was dem Leser vielleicht auf den ersten Blick als unwahrscheinlich erscheinen wird, wird wahrscheinlicher, zieht man den nunmehr über drei Jahrzehnte andauernden Kampf von Lyndon LaRouche und seiner Bewegung für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und die Resonanz, die seine ökonomischen Vorschläge in vielen Nationen gehabt haben, in Betracht. Hier seien nur einige Höhepunkte erwähnt.

1975-76: Der IDB-Vorschlag

Den ersten umfassenden Vorschlag für eine neue Finanzarchitektur machte LaRouche 1975 mit seinem Vorschlag einer „Internationalen Entwicklungsbank“ (IDB), die den Weltwährungsfonds (IWF) ersetzen sollte. Die Grundidee dabei war, die Auslandsschulden der Entwicklungsländer zu reorganisieren und sie aus kurzfristigen Schulden mit hohen Zinsen in langfristige Kredite mit niedrigen Zinsen zu verwandeln, und diese



*Lopez Portillo und
Helga Zepp-LaRouche*

dann als Kreditlinien für wohldefinierte Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise hätte in den letzten 33 Jahren ein Technologie-Transfer von jährlich 400 Milliarden Dollar für ein wirkliches Aufbauprogramm in der südlichen Hemisphäre in Gang gesetzt werden können. Die Unterentwicklung wäre Schritt für Schritt überwunden worden, und Deutschland und die anderen Industrienationen hätten wachsende Märkte mit reicher werdenden Kunden gehabt -vorausgesetzt natürlich, wir hätten in Deutschland weiterhin auf wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt gesetzt, anstatt uns mit grüner Ideologie selbst zu vergiften.

Der Vorschlag für die IDB zirkulierte ein ganzes Jahr lang in den Entwicklungsländern, aber auch bei Bankiers in verschiedenen europäischen Nationen, von denen einige der Auffassung waren, daß das Konzept funktionieren würde. Die Grundidee floß dann im August 1976 in die Schlußresolution der Konferenz der Blockfreien Staaten in Colombo, Sri Lanka, ein. 85 Nationen, die rund zwei Drittel der Menschheit repräsentierten, forderten eine neue gerechte Weltwirtschaftsordnung und ein neues Weltfinanz- und Währungssystem, das den so dringend benötigten Technologie-Transfer ermöglichen würde, der für die Überwindung der Unterentwicklung erforderlich ist.

Der damalige Außenminister von Guyana, Fred Wills, brachte am 27. September 1976 die Colombo-Resolution und die Forderung nach der IDB in die 31. Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nation ein, wo sie ein großes Echo fand. Doch die Reaktion der Industrienationen und der Finanzinstitutionen war völlig negativ. Auf Anfrage verweigerte der damalige Chef vom Dienst der Deutschen Presseagentur *dpa* sogar auch nur die Berichterstattung über den erklärten Wunsch des größeren Teils der Menschheit nach einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung, mit dem Argument, das sei nicht „newsworthy“. Was statt dessen einsetzte, war eine systematische Destabilisierung der Regierungen der führenden Vertreter der Blockfreien-Bewegung, wie z. B. Indira Gandhi, Sirimavo Bandaranaike, Ali Bhutto und vielen anderen.

Die Colombo-Resolution war die Reaktion der Blockfreien-Bewegung auf die paradigmatischen Veränderungen, die in der Haltung der führenden Finanzinstitution und bestimmter oligarchischer Kreise gegenüber den Entwicklungsländern eingetreten war. In den fünfziger und sechziger Jahren gab es noch die sogenannten Entwicklungsdekaden der UN. Hier war die Idee, daß in jedem Jahrzehnt die Unterentwicklung der Länder der Dritten Welt qualitativ zurückgedrängt werden sollte, damit sie schließlich ein mit Europa oder Amerika vergleichbares modernes Niveau erreichen könnten.

Aber genau diese Vorstellung wollten die verschiedenen oligarchischen Kräfte ein für alle Mal ausmerzen. Es wurden mit enormen finanziellen Mitteln internationale

Propagandafeldzüge organisiert, die den alten Wein der malthusianischen Ideologie in neuen Schläuchen auf den Markt brachten. Dazu gehörten die bewußt gefälschten Thesen des Club of Rome ebenso wie das Buch „Die Grenzen des Wachstums“ von Forrester und Meadows oder die 22 Bände der Trilateralen Kommission über die „Kontrollierte Desintegration der Weltwirtschaft“, die bei McGraw-Hill erschienen sind und deren Hauptthese war, daß eine Industrialisierung der Entwicklungsländer nach merkantilistischen Prinzipien um jeden Preis verhindert werden müsse.

1982: Die Mexiko-Krise

Acht Jahre später gab es einen neuen ernsthaften Versuch, die Frage einer wirklichen Industrialisierungspolitik auf die Tagesordnung zu setzen. Die Auslandsschulden der iberamerikanischen Staaten waren dank der verschärften Konditionalitäten des IWF, z.B. durch wiederholte Abwertungen der nationalen Währungen und eine dadurch wiederholte Verteuerung der Schulden, inzwischen auf rund 200 Milliarden Dollar angestiegen. Im Sommer 1982 war Mexiko zusätzlich einer von Spekulanten organisierten massiven Kapitalflucht aus dem Peso ausgesetzt, die die mexikanische Wirtschaft akut bedrohte.

Auf Anfrage des mexikanischen Präsidenten Lopez Portillo schrieb Lyndon LaRouche ein Programm nicht nur zur Verteidigung der mexikanischen Wirtschaft, sondern für die infrastrukturelle Entwicklung des gesamten lateinamerikanischen Kontinents. Die Schrift erhielt den Namen „Operation Juarez“, weil sie auf die positive Zusammenarbeit zwischen dem mexikanischen Präsidenten Benito Juarez und Präsident Lincoln im 19. Jahrhundert hinweisen wollte.

Am 1. September 1982 begann Lopez Portillo damit, Maßnahmen zur Verteidigung der mexikanischen Wirtschaft zu ergreifen, Devisenkontrollen zu errichten, die Zentralbank zu verstaatlichen und Kreditlinien für Entwicklungsprojekte zur Verfügung zu stellen. Hätten sich Brasilien und Argentinien damals mit Mexiko solidarisch erklärt, wäre eine ordentliche Reorganisation der lateinamerikanischen Schulden und eine Sanierung der amerikanischen Banken möglich gewesen.

Diese Chance wurde vertan, und wenig später sah sich Argentinien in den Malvinen-Krieg hineingezogen. Trotzdem hielt Lopez Portillo im September 1982 eine bewegende Rede vor der Generalversammlung der UN, die hier in Auszügen abgedruckt ist.

1983: Die SDI

Seitdem gab es einige weitere historische Chancen, wie die Weltordnung auf eine rationalere Basis hätte gestellt werden können. Eine dramatische Möglichkeit, die Kriegsgefahr grundlegend zu beheben, lag in dem Angebot von Präsident Reagan, mit der Sowjetunion bei der gemeinsamen Abrüstung der Atomwaffenarsenale

durch die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) zu kooperieren. Dieser Vorschlag, den Reagan am 23. März 1983 als offizielle Politik der USA verkündete, beruhte auf einem Vorschlag von Lyndon LaRouche und zielte darauf ab, Atomwaffen durch Verteidigungssysteme wirkungslos zu machen, die auf neuen physikalischen Prinzipien beruhen.

Präsident Reagan bot der sowjetischen Regierung an, bei der Anwendung dieser neuen Technologien in der zivilen Wirtschaft zu helfen, was den wirtschaftlichen Engpaß der Sowjetunion beseitigt hätte. Gleichzeitig hätte die Steigerung der Produktivität der westlichen wie der sowjetischen Ökonomie es ermöglicht, einen massiven Technologietransfer in den Entwicklungssektor zu beginnen, was LaRouche in seinem „Protokoll für die Supermächte“ vorgeschlagen hatte.

Als Moskau schließlich Reagans Angebot ausschlug, veröffentlichte LaRouche die Prognose, daß die Sowjetunion innerhalb von fünf Jahren kollabieren würde, wenn sie an der damaligen Politik des Orgakow-Plans festhalten würde. Es sollte sechs Jahre dauern, bis die Mauer fiel.

1989: Der Mauerfall

Als sich Comecon und Warschauer Pakt auflösten und es also für den Westen keinen „Feind“ mehr gab, bot sich die vielleicht größte Chance, die Diskussion um eine wirkliche Friedensordnung für das 21. Jahrhundert zu beginnen. Die Vorschläge von LaRouche und seiner Bewegung für das „Produktive Dreieck Paris-Berlin-Wien“ und die „Eurasische Landbrücke“ hätten das Ost-West-Verhältnis auf eine völlig neue Basis stellen können. Aber statt diese potentielle Sternstunde der Menschheit zu nutzen, beschlossen die Neokons in der Administration von George Bush Sr., die USA aus einer Republik in ein Empire zu verwandeln. Kurze Zeit später begann auf Druck von Margret Thatcher und Francois Mitterand mit dem Maastrichter Vertrag der Ausbau der EU zu einem Imperium, bei dem die supranationale Brüsseler Bürokratie immer offener die Interessen des Britischen Empires vertritt. Dies hinderte Großbritannien in alter Manier allerdings nicht daran, sich selber dem Korsett zu entziehen, das es Kontinentaleuropa aufzwang.

Die heutige Krise

Was dann unter dem Begriff „Globalisierung“ bekannt wurde, also eigentlich die Unterwerfung der Welt unter das System des anglo-amerikanischen Freihandels und der kurzfristigen Profitmaximierung auf Kosten der Realwirtschaft, hat die Welt genau an den Punkt gebracht, an dem wir heute angelangt sind. Wenn nun ausgerechnet Allan Greenspan warnt, die Welt befinde sich in einer Jahrhundertkrise, wie sie in jedem Jahrhundert nur ein oder zweimal vorkomme, so illustriert dies die Absurdität der Lage. Denn es waren vor allem die „kreativen

Finanzinstrumente“, die uns Greenspan beschert hat, die all den Giftmüll produziert haben, auf dem jetzt Tausende von insolventen Banken sitzen.

Der Gipfel der G8- Staaten im Juli in Japan wäre eigentlich die beste Gelegenheit gewesen, wenigstens ein Jahr nach dem Ausbruch der Systemkrise des Finanzsystems diese als Thema auf die Tagesordnung zu setzen, und zumindest im Prinzip eine Notkonferenz für eine neue Finanzarchitektur zu beschließen. Leider haben die mächtigsten westlichen Industrienationen sich dazu nicht aufrufen können und auch keinen ernsthaften Versuch gemacht, die großen Schwellenländer China, Indien, Brasilien und andere einzubeziehen. Und dies, obwohl im Anschluß an den G8-Gipfel ein kürzeres Treffen mit diesen Staaten stattfand. Es muß also ein anderes Forum gefunden werden.

Wie dringend dies ist, verdeutlicht der Militärkonflikt um Georgien. Es ist nicht das erste Mal, daß die Finanzoligarchie versucht, auf Krisen des Finanzsystems mit Kriegen zu reagieren. Der heimtückische Überfall Georgiens auf Südossetien - Präsident Saakaschwili sprach im Fernsehen über friedliche Verhandlungen, während Stunden später georgische Truppen die völlig überraschten russischen Friedenstruppen und Wohngebiete in Tschkinwali mit brutaler Gewalt angriffen - war zweifellos seit langem vorbereitet. Und es ist ausgeschlossen, daß Saakaschwili auf eigene Faust gehandelt hat, denn angesichts des seit langem extrem angespannten Verhältnisses zu Moskau mußte er mit einer scharfen russischen Reaktion rechnen.

Der Regimewechsel, mit dem Saakaschwili 2003 dank der sogenannten „Rosen-Revolution“ an die Macht kam, war Teil der Einkreisungsstrategie gegenüber Rußland, die die angloamerikanische Empire-Fraktion seit der Auflösung der Sowjetunion verfolgt. Eine Schlüsselrolle spielte dabei die von George Soros finanzierte Organisation Otpor, die schon 2000 den Sturz von Milosevic in Serbien mitorganisiert hatte, 2003 die Rosen-Revolution in Georgien und 2004 die Orangene Revolution in der Ukraine in Gang gesetzt hatte. George Soros und sein Open Society Institute waren an der Finanzierung und der Ausbildung der Aktivisten dieser „Revolutionen“ ebenso beteiligt, wie der frühere CIA-Chef und ultraradikale Neokon James Woolsey und sein Freedom House, wie selbst die *ARD*-Tagesschau am 17. März 2006 berichtete. Und so sollte es nicht überraschen, daß der heutige Chef des georgischen Nationalen Sicherheitsrates, Alexander Lomaia, ehemaliger Direktor des Soros-Instituts in Tiflis ist.

Die deutsche Regierung sollte eine britische Operation erkennen, wenn sie eine vor sich hat.

Saakaschwili ist keineswegs der blütenreine Demokrat, als der er sich gerne verkauft, sondern er hat Georgien längst in eine Diktatur verwandelt, die Oppositionspolitiker bedroht und verfolgt, wie der ehemalige georgische Parlamentarier Tsothne Bakuria in der konservativen *Washington Times* bezeugt. Die russische Regierung

spricht seit langem von „Banditentum auf Staatsebene“ und vom „Staatsterrorismus“ der georgischen Führung.

Der Krieg im Kaukasus beweist, wie schnell die strategische Lage aus dem Ruder laufen kann. Die russische Reaktion auf den hinterhältigen Angriff Georgiens auf Südossetien verdeutlicht, daß die russische Regierung nicht länger bereit ist, der Einkreisungsstrategie der NATO, die diese seit Jahren mit der Ostausweitung betreibt, tatenlos zuzusehen. Im Gegensatz zu Äußerungen verschiedener Falken befand der Militärattache der deutschen Botschaft in Moskau, Brig. Heinz Wagner, daß die russische Reaktion sei durchaus proportional gewesen sei. Lyndon LaRouche erklärte, Rußland habe seinerseits einen wichtigen Schritt getan, die Eskalation zum Dritten Weltkrieg zu unterbrechen, die letztlich das Ergebnis der Einkreisungsstrategie gegen Rußland und China sein würde.

Die Eile, mit der dann die Bush-Administration und die polnische Regierung das Abkommen über die Installation von Raketenabwehrsystemen, einschließlich von Kurz- und Mittelstreckenraketen, und einer US-Basis in Polen unterzeichnet haben, beweist unzweideutig, daß diese Systeme von Anfang an gegen Rußland gerichtet waren, und nicht gegen irgendwelche „ferne Schurkenstaaten“. Rußland hat als Antwort auf diese Provokation seinerseits asymmetrische militärische Maßnahmen in Rußland, Weißrußland und Kaliningrad angekündigt, da die Vorwarnzeiten für diese Raketen, die sehr schnell von defensiven in offensive Raketen umgerüstet werden können, geringer sind, als es für die Mittelstreckenraketen in den achtziger Jahren der Fall war.

Der Krieg im Kaukasus beweist, wie schnell die strategische Lage aus dem Ruder laufen kann. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, daß sich die internationale Finanz- und Bankenkrise in den nächsten Woche dramatisch verschärfen wird. Auch die Damokles-Schwerter eines neuen Terroranschlags a la 11. September und die Gefahr eines Militärschlages gegen den Iran hängen über uns hängen. So ist die Kombination von Ereignissen sehr wohl denkbar, die zum Dritten Weltkrieg führen könnten.

Haben wir etwas aus der Geschichte gelernt?

Die Frage stellt sich, ob wir etwas aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts gelernt haben. Die Konsequenz aus der großen Depression der dreißiger Jahre war der Zweite Weltkrieg. In den USA gelang es Franklin D. Roosevelt mit seiner Politik des New Deal, sein Land aus der Depression herauszuführen. Hätte man in Deutschland 1931 die Roosevelt sehr ähnliche Politik des Dr. Wilhelm Lautenbach und den sogenannten WTB-Plan des ADGB umgesetzt, dann wäre die Arbeitslosigkeit und damit die sozialen Bedingungen beseitigt worden, die Hitler 1933 die Machtergreifung ermöglichten. Wenn wir aus diesen Ereignissen irgend etwas gelernt haben, dann müssen wir heute dringend die Frage einer neuen Finanzarchitektur und einer neuen Weltwirtschaftsordnung auf die Tagesordnung setzen, ehe es zu spät ist.

Das geeignete Forum dafür wäre die kommende Generalversammlung der Vereinten Nationen, die am 26. September in New York beginnt - immer in der Hoffnung, daß es nicht schon davor zu katastrophalen Entwicklungen kommt. Die Bedrohung durch Finanzkrise und Kriegsgefahr kann nicht mehr länger geleugnet werden. Es sollten sich zumindest einige Staaten zusammenfinden, die das Scheitern der „Globalisierung“ feststellen und eine neue Weltfinanz- und Wirtschaftsordnung vorschlagen und beschließen. Damit könnte das Überleben aller Nationen auf diesem Planeten ermöglicht und eine Friedensordnung für das 21. Jahrhundert etabliert werden. Das von Lyndon LaRouche seit langem vorgeschlagene neue Bretton-Woods-System und der Ausbau der Eurasischen Landbrücke auch bis Nord-, Mittel- und Südamerika und nach Afrika wären das offensichtliche Programm dafür.

Die menschliche Gattung ist an einen Punkt gekommen, wo sie die gesammelte Weisheit all der großen Denker und Humanisten der Geschichte aufbieten muß, wenn sie diese existentielle Krise überwinden will. Und warum sollte dies nicht möglich sein?

Helga Zepp-LaRouche, 25. August 2008